

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stephan Brandner, Volker Münz und der Fraktion der AfD

‘House of one’ als multireligiöses Symbol des Friedens

In Berlin soll Medienberichten zufolge ein „multireligiöses Symbol des Friedens“ entstehen. Ziel des ‚House of One‘ sei es, ein bisher „einzigartiges Gottes- und Begegnungshaus für Christen, Juden und Muslime“ zu schaffen (vgl. www.morgenpost.de/berlin/article227105369/Berlin-Gotteshaus-fuer-Christen-Juden-und-Muslime-entsteht.html?service=amp).

Die Kosten des Sakralbaus sollen sich auf 43,5 Mio. Euro belaufen, weltweit seien rund 8,5 Mio. Euro Spenden eingegangen. Auch das Land Berlin und der Bund sollen sich an den Kosten beteiligen. (www.rbb24.de/kultur/beitrag/2019/01/berlin-mitte-petriplatz-house-of-one-grundsteinlegung-im-April-2020.html).

Das Projekt wurde bereits stark kritisiert: So sei die christliche Seite nur durch die evangelische Kirche, nicht aber durch die römisch-katholische vertreten (www.domradio.de/themen/interreligiöser-dialog/2019-04-01/ersetzen-protestanten-katholische-kirche-beim-house-one). Außerdem wurden im Vorfeld mehrere Moscheegemeinden und muslimische Dachverbände in Berlin angesprochen, ebenfalls an dem Projekt teilzunehmen. Die Suche war jedoch nicht erfolgreich. Keine der Gemeinden und Verbände hatte zugesagt. Letztendlich stand nur das Forum für Interkulturellen Dialog, kurz FID, deren Ehrenvorsitzender der türkisch-amerikanische Fethullah Gülen ist, zur Verfügung (vgl. o. g. Bericht der Morgenpost).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. In welcher Höhe fördert die Bundesregierung das Projekt „House of One“, und in welcher Höhe soll das Projekt zukünftig gefördert werden (bitte die Haushaltstitel angeben)?
2. Inwieweit plant die Bundesregierung, das Projekt zukünftig über eine finanzielle Förderung hinaus zu unterstützen (etwa durch Veranstaltungen, Publikationen etc.)?
3. Welche Gründe gibt es für die Förderung des Projekts durch Bundesmittel?
4. Inwieweit sieht die Bundesregierung in dem genannten Projekt einen Beitrag zur Verständigung der Religionen insbesondere vor dem Hintergrund, dass von Seiten muslimischer Dachverbände und Moscheegemeinden kein Interesse an dem Projekt besteht und die römisch-katholische Kirche nicht innerhalb des Projektes vertreten ist?

5. Geht die Bundesregierung davon aus, dass der interreligiöse Dialog angesichts der Kritik an der Mitwirkung des FID durch das Projekt gefördert wird, und wie begründet sie ihre Meinung?
6. Welche Gründe gibt es für die Bezeichnung des Projektes in englischer Sprache, und welche Gründe sprechen nach Kenntnis der Bundesregierung gegen eine Bezeichnung in deutscher Sprache?
Inwieweit hat die Bundesregierung angesichts ihres hohen Finanzierungsanteils Einfluss auf die Benennung genommen?

Berlin, den 14. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion